

**Das Ende der Sowjetunion aus der Sicht des BND****Fassung 04. 06.2016**

## Vorbemerkung

Der Vortrag – und damit auch der geplante Aufsatz zu dem Thema beruht auf authentischem Material aus meiner Zeit als Präsident des Bundesnachrichtendienstes vom August 1985 bis zum Oktober 1990. Es handelt sich um die Unterlagen für meine offiziellen Präsentationen im In- und Ausland und inoffiziellen, auch öffentlichen Vorträge aus den Jahren 1988 bis 1990. Diese Unterlagen wurden nicht in die offizielle Berichterstattung des BND an die Bundesregierung integriert, sondern blieben Dokumente, für die ich verantwortlich zeichnete. Sie spiegeln die Berichterstattung wider und haben die Berichterstattung des BND beeinflusst.

Die Zusammenfassung, die ich mit dem heutigen Vortrag gebe, wird durch Zitate aus den Originalunterlagen aus den Jahren 1988 -1990 belegt.

Es handelt sich um folgende Dokumente:

1. The Soviet Union in Transition? – 10.10. 1988
2. The Soviet Union in Transition (II) – 16. 05. 1990
3. Das Gemeinsame Haus Europa – Der Umbruch in der Sowjetunion und in Osteuropa - Juni 1990 – Mit Vorwort aus dem Oktober 1990

In einem im Oktober 1990 verfassten etwa 200 Seiten umfassenden Bericht über meine Dienstzeit als Präsident des BND berichte ich auch über eine Studie des BND an die Bundesregierung vom Sommer 1990 zur Öffnung der Weltbank und des Währungsfonds für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, um den wirtschaftlichen und finanziellen Umbau der Sowjetunion zu fördern.

Am 11. November 1986 trug ich im Schröder-Kreis (Dr. Gerhard-Schröder, Bundesminister des Auswärtigen von Oktober 1961 bis November 1966, Bundesminister der Verteidigung 1966-1969; ich leitete das Ministerbüro im

AA und im Bundesministerium der Verteidigung 1966-1969) zur Lage und Entwicklung in der Sowjetunion vor. Die Schlüsselaussage war der Hinweis auf die Feststellung von KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow auf dem Parteitag im März 1986 (27. Parteitag), mit der er die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Systems bestätigte und als Ziel der sowjetischen Reformbewegung die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Sowjetunion um die „bessere Welt“ mit offenem Ausgang erklärte. Der historische Determinismus der marxistischen Lehre und die Lehre vom zwangsläufigen Untergang des kapitalistischen Systems als feststehendem Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung war damit aufgegeben worden. Der Vortrag fand vor dem Hintergrund des Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion (Reykjavik) vom Herbst 1986 über die vollständige Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa statt, ein Ergebnis, das dann auch noch zur Beseitigung der Nuklearraketen auf beiden Seiten mit der Reichweite von 500 km führte. Der Schröder-Kreis war überaus skeptisch gegenüber meiner Hauptaussage, dass wir es mit einer genuinen Reform-Partei in Moskau unter der Führung von Gorbatschow zu tun haben, dass es aber durchaus beachtliche Gegenkräfte gäbe und daher die Politik von Gorbatschow eine sehr kritische Phase durchlaufe. Diese Feststellungen lagen auf der Linie der BND-Berichterstattung an die Bundesregierung.

### **Einleitung**

Am 2. Oktober 1990 habe ich die Leitung des BND an Herrn Porzner übergeben. Ich kann also die Antwort auf die mit der Themenstellung gegebene Frage nicht kraft meines Amtes beantworten, sondern nur aus der Geschichte der von Gorbatschow eingeleiteten Reformpolitik und vor dem Hintergrund der Erfahrungen beantworten, die ich im Laufe meiner Assoziierung mit dem sowjetischen Experiment seit 1957, u.a. als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau (1977-1980) bis hin zur Analyse des Reformansatzes von Gorbatschow auf internationaler Ebene sowie im Inland seit 1985 gewonnen habe, zuletzt vom August 1985 bis zum Oktober 1990 als Präsident des BND.

### **Der Reformansatz bei KPdSU Generalsekretär Jury Andropow 1982-1984 – langjähriger Chef des sowjetischen Geheimdienstes – KGB**

Die Grundlagen für die Reformpolitik wurden von Jury Andropow mit der Feststellung aus den Jahren 1975-1980 getroffen, dass die Produktivität des amerikanischen Arbeiters die des sowjetischen Arbeiters um das Dreifache übersteigt. Dies hatten die vielfach zitierten in den USA unternommenen Forschungen der Soziologin Saslawskaja in den siebziger Jahr erbracht. In der kurzen Zeit seiner Tätigkeit als Generalsekretär der KPdSU leitete Andropow eine neue Phase in der Verständigungspolitik mit den USA, mit dem Westen ein – eine Politik, die ja schon nach der Kuba-Krise mit einer Reihe von Abrüstungsvereinbarungen unternommen worden war und an die anzuknüpfen, keine prinzipiellen inneren Spannungen in der kommunistischen Partei sowie beim Militär auslösen würde. Nach meinen Informationen war es schon Andropow, nicht erst Gorbatschow, der dem Politbüro erklärte, dass sich Marx getäuscht habe, als er den Untergang des kapitalistischen Systems infolge der Verarmung des Proletariats und der zur gegenseitigen Vernichtung führenden imperialistischen Kriege voraussagte. Mit dem Nordatlantischen Bündnis waren solche imperialistischen Kriege ausgeschlossen worden, mit einigen Formen der sozialen Marktwirtschaft der Untergang des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgewendet und sozial vertretbare Wirtschaftssysteme auf paritätischer oder partnerschaftlicher Basis zwischen Unternehmen und Gewerkschaften entwickelt worden.

Daher – und das war die Schlussfolgerung von Andropow und von Gorbatschow - musste sich das sozialistische Lager reformieren, um neben den kapitalistischen Systemen bestehen zu können. Vor dem Hintergrund einer reformierten ideologischen Ausrichtung und in Erwartung einer neuen strategischen Verständigung mit den USA machte die Aufrechterhaltung der Breschnew-Interventions-Drohung gegenüber dem mittelosteuropäischen Vorfeld keinen Sinn mehr. Über Deutschland würde es Vier-Mächte-Verhandlungen geben können. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, die

infolge des Ost-West-Konflikts jetzt in zwei konkurrierenden Staaten lebten, wurde nicht in Frage gestellt. Soweit das Rational von Andropow. In diesem Zusammenhang hatte der Vergleich der Produktivität des Arbeiters in den USA und in der UdSSR seinen hohen Symbolwert. In die Praxis der Sowjetunion übertragen war jedem Beobachter und Teilnehmer des sowjetischen Wirtschaftssystems aus vielen Geschichten und Erlebnissen bewusst, dass der sowjetische Arbeitnehmer alles andere als fleißig war. Aber in mehr Fleiß – wie es der Wettbewerb um Produktionsrekorde von einzelnen Arbeitern wie Stachanow propagierte – lag und liegt nicht die Antwort auf die Frage, wie die Produktivität des Faktors Arbeit in der UdSSR erhöht werden kann. Die Antwort lag und liegt in qualifizierter Berufsbildung und in der Modernisierung des Maschinenparks, mit Hilfe dessen eine Arbeitskraft eben einen höheren Ausstoß an Produkten erreichen kann – auf die Gefahr hin, dass Arbeitskräfte entlassen werden können und müssen. Letztlich stand die Relevanz der staatlichen, parteipolitisch begründeten zentralen Planungswirtschaft (volkswirtschaftlich zentrale Verwaltungswirtschaft genannt) auf dem Prüfstand und damit das für heilig angesehene Prinzip der Vollbeschäftigung. Ohne Änderung der Grundparameter der Wirtschaftspolitik und der bisherigen Unterbindung nichtstaatlicher Wirtschaftsbetriebe mit freier Preisbildung konnte die sowjetische Wirtschaft höhere Produktivität und höhere Produktqualität nicht erreichen.

### **Die Gorbatschow-Reformen**

Nimmt man die Worte von Gorbatschow – Perestroika – Umbau - und Glasnost – Offenheit – zum Nennwert, dann sollte auf diesem Wege die bestehende sowjetische Form des sozialistischen Systems aus seiner Erstarrung befreit und in ein wettbewerbsfähiges kommunistisches wirtschaftliches System überführt werden, und zwar vor allem mit Hilfe der Minderung der Rüstungsausgaben.

Daher waren die Wiederaufnahme der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik und die strategische Preisgabe des unterworfenen Vorfelds in Europa notwendig. Mit Hilfe der Konversion von Rüstungsfirmen in Produktionsstätten von hochwertigen Verbrauchsgütern und mit der Erhöhung der Produktivität durch Erweiterung der Entscheidungsspielräume der Staatsunternehmen sowie im Wege der Dezentralisierung, also der Erhöhung der Handlungsfreiheit der einzelnen staatlichen und kommunalen Betriebe sollte neuer Schwung in die sowjetische Wirtschaft kommen.

Aber welche Entscheidungsspielräume wurden ausgeweitet – die der Produktauswahl, die der Preisbildung, die der Nebenkosten (Kantine, Erholungsreinrichtungen, Kindergärten, Produktversorgung der Belegschaft) oder die der Vermarktung zum bestmöglichen Preis? Bei der Preisermittlung haben die Planungsbehörden stets auf die durchschnittlichen Produktionskosten abgestellt. Da gab es also schon früher Gewinner und Verlierer.

Der Fünfjahresplan wurde fortgeschrieben und unter Gorbatschow der Ansatz für Zukunftstechnologien nach oben gefahren. Benötigt aber wurde in der Phase der Umwandlung des Wirtschaftssystems die Verstärkung der Mittel für Konsumgüter und die schrittweise Beseitigung der Subventionen für Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs. Die Bevölkerung musste spürbar einen besseren Lebensstandard erreichen. Sie musste bei der Umsetzung der Reformpolitik „mitgenommen werden.“

Der erhöhte Handlungsspielraum der Unternehmen führte zu Preissteigerungen und zu Versorgungsdefiziten der Bevölkerung – zu Protesten.

Dem Westen war auf Grund geheimdienstlich gewonnener Erkenntnisse bekannt, auf welchen technologischen Gebieten die Sowjetunion in Rückstand geraten war, einem Rückstand, dem auch mit den Mitteln einer reformierten

Planwirtschaft nicht wirksam begegnet werden konnte. Die Bewertung der Wirtschaft der Staaten des Warschauer Pakts, die jährlich im NATO-Rahmen zusammen mit Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten erarbeitet wurde, fiel regelmäßig negativ aus.

Glasnost – Offenheit - bedeutete auch neue Fragen an die Geschichte, die bislang nur nach den Regeln strikter kommunistischer Glaubensbekenntnisse und den Lehren des historisch Determinismus beantwortet und bewertet werden durften. Nun erschien auf der Bildfläche die Erinnerungskultur (Memorial) mit Fragen nach den Verbrechen der kommunistischen Herrschaft und mit den Fragen nach der Relevanz der nationalen Geschichte (Pamjat). Hatte die Bevölkerung vielleicht doch nur unter Druck die Leiden des gewaltsamen kommunistischen Transformationsprozesses auf sich genommen?

Auf der internationalen Ebene überwog bei den Vertretern der Westmächte zunächst einmal der Zweifel an der Unumkehrbarkeit des Transformationsprozesses, d.h. der Preisgabe der Weltrevolution und des Weltherrschaftsanspruchs der Sowjetunion. Aber es gab Gremien, um die Absichten zu testen – in den Gremien der Abrüstungs- und Rüstungskontrollkommissionen, in den Debatten der Vollversammlung der Vereinten Nationen und in bilateralen Kontakten. Die Urteile reichten von Helmut Kohls Vergleich des neuen KPdSU-Generalsekretärs mit der Rabulistik und Propaganda von Goebbels zu dem Urteil von Margaret Thatcher: "He is a man, with whom we can do business!"

Die sowjetische Führung unterschätzte die positive zur Tat motivierende Wirkung der polnischen und ungarischen Aufbruch-Stimmung auf die Dissidenten in der DDR, die zum Wechsel der Fronten bei den offiziellen Kulturschaffenden der DDR führte und im Jahre 1989 die Stimmung in der

DDR gegen das Regime kippen ließ. Jahre hindurch werkten Deutschlandsachverständige in Moskau an Modellen eines vereinten Deutschland mit Neutralitätsstatus oder geteilter Mitgliedschaft in NATO und Warschauer Pakt. Auch das Modell einer eigenen sicherheitspolitischen Zone in Mitteleuropa (Deutschland, Polen, Tschechoslowakei) wurde erwogen. Die Legitimität der Deutschen, wieder in einem politischen Staat zu leben - also die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen - wurde nicht mehr in Frage gestellt – aber in der Sicherheitsfrage kam es doch zu starken Spannungen. Wer konnte auch daran denken, dass sich der Warschauer Pakt nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Verabschiedung revolutionärer internationaler Abkommen auf der Pariser Konferenz der NATO und des Warschauer Pakts zur Begrenzung der konventionellen Streitkräfte zwischen Ural und Atlantik (KSE-Vertrag vom 19. November 1990) auflöste. In ideologischer Hinsicht stellt die gemeinsame Charta der am KSZE-Prozess beteiligten Nationen über die Ablösung des kommunistischen bzw. sozialistischen Gesellschafts- und Staatsmodells durch das der auf den Menschenrechten des Einzelnen beruhenden pluralistischen demokratischen Ordnung mit Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und der Judikativen eine „Revolution von oben“ dar. Die Charta von Paris mit den Unterschriften der Staats- und Regierungschefs der an eben diesem KSZE-Prozess beteiligten Staaten am 21. November 1990 in Paris leitete die politische und gesellschaftliche Reform in Osteuropa ein. Die folgenschweren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Implikationen dieses Prozesses waren evident.

In seinem Buch „Moskaus Griff nach der Weltmacht“ berichtet Wjatscheslaw Daschitschew, der an einer der sowjetischen Akademien Internationale Frage studierte, war vom November 1984 bis November 1985 als Gastprofessor der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft an der Universität Dortmund. In

dieser Zeit hatte Daschitschew nicht nur mit den dem Moskau Standpunkt zuneigenden deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaften Kontakt, sondern auch mit Historikern, Politikwissenschaftlern, Politiken und Instituten der verschiedensten Richtungen bis hin zum Chef des Bundesnachrichtendienstes. Seine Thesen beruhten auf der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen und auf der Annahme, dass es über die Sicherheitsfragen eine Verständigung zwischen Ost und West geben müsse. Im Laufe des Jahrzehnts hat er mehrere Denkschriften für das Zentralkomitee der KPdSU und für das sowjetische Außenministerium verfasst und vorgelegt, in denen alle Optionen – von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in NATO, der Fortführung der Mitgliedschaft in NATO und gleichzeitigen Mitgliedschaft des östlichen Teils des Lande im Warschauer Pakt, einer Neutralität des Vereinigten Deutschlands bis hin zur Bildung einer mitteleuropäischen neutralen Zone (Deutschland, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn) behandelt werden. Bei aller Zurückhaltung in Meinungsäußerungen zur Sicherheitsfrage musste von den deutschen Gesprächspartnern wahrgenommen werden, dass in den sowjetischen Institutionen die deutsche Frage im Zusammenhang mit der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen auf der Tagesordnung stand. Falin, in Leningrad aufgewachsen wird in den Daschitschew-Darlegungen als Verfechter der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands identifiziert. Sein Gegenspieler im sowjetischen Führungskartell war Außenminister Schewardnadse aus Georgien, einem sehr deutschfreundlichen Teil der Sowjetunion. Falin wurde bekanntlich in Deutschland von führenden Teilen der Meinungsmacher immer sehr positiv eingeschätzt. Ein anderer „Reisender in Sachen Deutschland“ war der Mitarbeiter von Falin – Portugalow. Er lancierte von Zeit zu Zeit den Konföderations-Gedanken.

Gorbatschow hatte sich mit der Entscheidung von Juli 1988 (Ergebnis der Parteikonferenz), die Transformation ohne Abstützung auf das Machtmonopol



der Kommunistischen Partei voranzutreiben auf den Weg begeben, demokratische Wahlen und die daraus hervorgegangenen demokratischen Regierung als Basis der weiteren Reformschritte anzustreben. Er tat dies, als er auf der Parteikonferenz im Juli 1988 auf den Widerstand in der KPdSU gegen die politischen Reformen gestoßen war. Er riss das Steuer um und strebte nun die Durchsetzung von Perestroika und Glasnost im Wege der demokratischen Verfassungsreform (Streichung des Artikel 7 mit dem Machtmonopol der KPdSU aus der sowjetischen Verfassung von 1977) und auf dem Wege freier bzw. freierer Wahlen an. Die Charta von Paris vom 21. November 1990 stellte nur den Schlusspunkt in der Entwicklung von Gorbatschow dar, der den Sowjetstaat, der die KPdSU umbauen wollte – innerhalb der Ideen und auf der Grundlage des kommunistischen Manifests und der dann im Augenblick des Widerstands seitens der Partei sein Herz über die Hürde warf und den Marsch in eine demokratische Ordnung mit allen seinen Konsequenzen auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht einschlug.

Bejubelt im Ausland, konnte er sein eigenes Land nicht mitreißen.

Die Masse der Nomenklatur folgte Gorbatschow nicht, sondern mutierte zum Konzept des autoritären nationalen, ja schließlich nationalistischen Staates, der als Sprengsatz den Zusammenhalt der gescheiterten Sowjetunion als einem sozialen Geschöpf zerstörte.

Schon früh regten sich, wie der BND feststellte, die anti-sowjetischen, ja auch antirussischen Unabhängigkeitsbewegungen in Belarus, Georgien, in den baltischen Republiken.

Im Sommer 1991 stand der sowjetische Gesamtstaat in dem Ringen des Staatschefs Michael Gorbatschow mit den Vertretern der schon autonomen zum Teil unabhängigen Sowjetrepubliken zur Disposition, wie ihn Boris Jelzin im Ringen mit Gorbatschow für die russische Republik schon geschaffen hatte,

nachdem Gorbatschow ihn aus dem Politbüro verjagt und als Bürgermeister von Moskau abgesetzt hatte. Im Sommer 1991 stand die Entscheidung von Zentralstaat und Gliedstaaten über den im föderalen Sinne stark revidierten Unionsvertrag als Basis der neuen Sowjetunion an. Die noch bestehenden Machtstrukturen der Sowjetunion – Geheimdienst, Armee und zentrale Ministerien - verweigerten die Unterstützung für diesen aufgeweichten Gesamtstaat. Sie putschten am 21. August 1991. Boris Jelzin widerstand ihnen – gestützt auf die in der russischen Föderation schon auf ihn vereidigten Truppen und befreite Gorbatschow aus dem Hausarrest auf der Krim, re-installierte ihn in der Position des Staats-Chefs der Sowjetunion, nur um ihn wenig später im Bunde mit den quasi-Staats-Chefs der unabhängig gewordenen Ukraine und von Belarus in Wiskuli in den polnisch-belarussischen Grenzwäldern - mit der Bildung einer „Slawischen Union“ (Russland, Ukraine, Belarus) zu und mit der Forderung konfrontieren, in seiner Funktion als Staatsoberhaupt der Sowjetunion die Sowjetunion aufzulösen. Das tat Gorbatschow am 26. Dezember 1991 im Obersten Sowjet der formal noch bestehenden Sowjetunion:

Die Sowjetunion war mit dem Versuch gescheitert, sich im Rahmen des kommunistischen Systems zu reformieren. Die Führung verwarf das Machtmonopol der KPdSU und in das Vakuum trat der virulent immer vorhanden gewesene autoritär ausgerichtete Nationalismus der Gliedstaaten – voran der des Russischen Staates.

Der Demokratisierungsversuch auf der Basis der Charta von Paris vom 21. November 1991 scheiterte, u.a. deshalb, weil ihm die gesellschaftlich verankerten, die wertebezogenen Überzeugungen und verlässlichen unabhängigen Gerichte fehlten. Ohne unabhängige Gerichte konnte sich keine auf dem individuellen Eigentum beruhende mittelständische „Klasse“ entwickeln, eine unverzichtbare Voraussetzung für belastbare demokratische

Strukturen einer Gesellschaft und eines Rechtsstaates. Die Demokratische Bewegung wurde als Import amerikanischer Ideen, als Implantat der westlichen Siegermacht, als ein Konzept abgestoßen, das vom Körper (Staat und Gesellschaft in der postsowjetischen Periode) nicht angenommen wurde. Die demokratische Bewegung scheiterte auch wegen der gesellschaftlichen Folgen der überhasteten Voucher-Privatisierung im Wege der Verteilung von Kapitalanteilsscheine an die ganze Bevölkerung bei gleichzeitigem Zusammenbruch der überörtlichen gewerblichen industriellen Fertigung infolge Materialknappheit. Als Kehrseite der Privatisierung über das System der Anteilscheine kann auch die Vernachlässigung des informellen Sektors der sowjetischen Wirtschaft angesehen werden, die in der von ständigen Mangel bestimmten Planwirtschaft die wichtige Rolle der Beschaffung von unverzichtbaren Gütern der Produktion und des Verbrauchs auf informellem Wege, also außerhalb der Rechtsordnung bedeutete – ein enorme starkes Personen bezogenes Kapital wirtschaftlichen Handelns, das als Grundstein der kleinen und mittleren Betrieben angesehen werden kann, deren kooperative Gestaltung von hoher politischer, psychologischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Die neuen Staatsgrenzen zerstörten viele Vertragsbeziehungen zwischen den Betrieben, die für die Fertigung unerlässlich gewesen waren. Gorbatschow hatte mit Gewalt versucht, den nationalen Aufstand in Tiflissi (1988) und in Vilnius (Januar 1991) zu erdrücken. Damit hatte er den im Reformprozess befindlichen sowjetischen Staat wieder zum neuen Unterdrücker der aus der Vergangenheit wieder an das Tageslicht gekommenen nationalen Werte gemacht – ein weiteres Motiv für die Nationalstaaten, den Gesamtstaat auch in revidierter Form abzulehnen.

Die mit dem Zauberwort „Dezentralisierung der Wirtschaftsführung“ aufkommenden Versorgungsschwierigkeiten und die gewaltsame Niederschlagung nationaler Erhebungen in Georgien und in den baltischen

Republiken, die auf Austrittsformeln in der revidierten Verfassung der Sowjetunion drängten, aber auch der Streit um Berg-Karabach zwischen Aserbaidschan und Armenien, sah der BND zu meiner Zeit als eine große Gefahr für den internationalen Reformprozess, aber natürlich auch für die Aussichten eines erfolgreichen Umbaus des sowjetischen Systems an. Dogmatiker meldeten sich zu Wort – und eben auch und vor allem nationale und auch nationalistische Stimmen, die ihre nationalen Identitäten reklamierten (Georgien, die baltischen Republiken, Belarussen und Ukrainer).

Mit dem personen-gebundenen Rivalität zwischen Gorbatschow und Jelzin kristallisierte sich der Konflikt um die Frage der Revision des Verhältnisses von Zentralmacht zu den regionalen nationalen Identitäten, ausgedrückt in den fünfzehn Republiken, zum Kampf um die Vorherrschaft des Herausforderers (Jelzin) oder des Repräsentanten der Zentralmacht Gorbatschow, der im Ringen mit den Nationen zu den Waffen hat greifen müssen und damit sein Prestige aufs Spiel setzte. Die zentralasiatischen Sowjetrepubliken verhielten sich eher abwartend.

Das viel zitierte „Zeitfenster“ für die Umsetzung der internationalen Vereinbarungen oder gar neue zusätzliche Vereinbarungen wurde kleiner und kleiner. Der japanische Wunsch nach einem Friedensvertrag mit der Sowjetunion, in dem aus grundsätzlichen Erwägungen etwa zwei der kleinen Kurillen-Inseln an Japan zurückgegeben werden würden, erhielt kein grünes Licht im Entscheidungsmechanismus der dem Ende nahen Sowjetunion. Dieser Machtkampf war ein gefährliches Signal, das auf das baldige Ende der internationalen Verständigungspolitik des neuen Russland, der renovierten Sowjetunion hindeutete.

Die Verständigung über die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands, einschließlich des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus

Deutschland und mit der Vollmitgliedschaft Deutschlands im NATO-Vertrag, die Verständigung über den Europäischen Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Vertrag zwischen den Mitgliedern des Warschauer Pakts und der NATO vom 19. November 1990 und die Verabschiedung der Charta von Paris zur Herstellung des Gemeinsamen Hauses Europa auf der Basis der europäischen Werte – Geltung der individuellen Menschenrechte, demokratischer Staatsaufbau mit Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative), freien und fairen Wahlen, unabhängiger Justiz und Umwandlung der sozialistischen Volkswirtschaften in privatwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften vom 21. November 1990 - stellten Höhepunkte der Ost-West-Verständigung dar, die in Bezug auf die Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen umgesetzt, aber nach der Auflösung des Warschauer Pakts auf Wunsch der ostmitteleuropäischen Länder auch sofort revisionsbedürftig wurden (Vereinbarung des revidierten Vertrags beim OSZE-Gipfel im November 1999 in Istanbul) und infolge des außen-und sicherheitspolitischen Kurswechsels in Moskau nach dem Regierungsantritt von Wladimir Putin im Dezember 1999 und März 2000 zunehmend hinfällig wurden. Russland löste sich partiell sich von dem Pariser Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Abkommen, wo immer es das aus Gründen der nationalen Identitätspolitik und des regionalen Führungsanspruchs für notwendig erachtete.

Schließlich muss ich auf der Basis von BND-Erkenntnissen darauf aufmerksam machen, dass die sowjetische Rüstung technologisch hinter dem westlichen Modernisierungspotenzial mehr und mehr zurückfiel. Das manifestierte sich am stärksten beim Übergang zum digitalen Zeitalter, das in den siebziger Jahren einsetzte. Ein befreundeter ausländischer Nachrichtendienst hatte Zugang zu den Orderbüchern der sowjetischen Regierung (Rüstungs-industrieller Ausschuss), an die Geheimdienste zur Beschaffung spezifischer westlicher Technologien. In Folgejahren wurde dann stolz das Ergebnis der produktiven Arbeit der

Geheimdienste gefeiert. Aber eine Trendwende in Sachen Technologie konnte damit nicht erreicht werden. Und das dürfte heute nicht anders sein, weil das neue Russland die technologische Erneuerung in einem Modernisierungsprozess mit der EU, besonders mit Deutschland, unter Putin im Jahre 2008 definitiv abgelehnt hat.

Das Militärpotenzial der Sowjetunion in der DDR sowie das der NATO-Verbündeten in der Bundesrepublik Deutschland – jeweils einschließlich der deutschen Verbände - war während des Kalten Krieges sowohl unter vertragsmäßig zugelassener Beobachtung der westlichen Militärmissionen der Alliierten in der DDR und der sowjetischen Militärmission in der Bundesrepublik als auch unter fast lückenloser Beobachtung der deutschen Nachrichtendienste (BND und MfS) gewesen. Die Rechte der Militärmissionen ergaben sich aus den Abkommen und von Jalta und Potsdam im Jahre 1945, die den vier Siegermächten in Fragen der Einheit Deutschlands, der Viermächte-Kontrolle Berlins und der Lufthoheit genuine Rechte als Siegermächte garantierten.

Der BND hingegen musste mit hohem Risiko für seine Quellen auf geheimdienstlichem Wege die Entwicklung des Militärpotenzials und der Gesamtentwicklung erforschen. Zwischen 1946 und 1990 sind etwa 10.000 Männer und Frauen als Spione in der DDR tätig gewesen, zum Teil nur kurzzeitig, in vielen Fällen aber auch über einen langen Zeitraum hinweg. Über 4.000 dieser Spione sind verhaftet und zu schweren Strafen verurteilt worden. In ihrer Veröffentlichung „BND Contra Sowjetarmee“ stellen die Historiker Matthias Uhl und Martin Wagner fest, dass es dem BND während der ganzen Zeit des Kalten Krieges gelang, die militärischen Operationen und Dispositive der Sowjetarmee in der DDR umfassend aufzuklären („Martin Wagner/Matthias Uhl: „BND contra Sowjetarmee“, 2007).

Lassen Sie mich aus den Vorträgen zitieren, die ich in dieser Zeit in der Öffentlichkeit hielt, aber auch von einigen Journalisten, die nicht von dem Virus der Negativeinstellung des Bonner politischen und staatlichen Establishment gegenüber dem BND infiziert waren:

(1) In Publizistik und offiziellen Verlautbarungen ist wenig von der Berichterstattung des BND zur deutschen Frage bekannt. Einzelne Journalisten haben recherchiert, darunter Friedrich-Wilhelm Schlomann, der alle BND-Präsidenten gut kannte, auch schon den Gründer der „Organisation Gehlen“, die später in den BND überführt wurde (Luxemburger Wort), zum 3. Oktober 2015: Nach dem Hinweis auf die Beobachtung, dass nach allgemein herrschender Meinung des politischen Systems in Bonn die Ereignisse von 1989/1990 nicht vorhersehbar gewesen sind, gibt der Verfasser des Artikels „Ein potemkinsches Dorf, das niemand sehen wollte“ einen Überblick über das, was er über die BND-Berichterstattung zur Sowjetunion und zur DDR hat in Erfahrung bringen können:

„Er – Hans-Georg Wieck – sah die Sowjetunion ‚in einem Prozess der Versteinerung‘, einer verstärkten Stagnation. Schon frühzeitig vertrat er die Ansicht, zwangsläufig werde die Sowjetunion angesichts ihrer Wirtschaftsmisere eine strategische Neuorientierung suchen und auch zu der Erkenntnis kommen, es könne seine Interessen mit einem vereinten Deutschland besser gewahrt sehen als mit der gewaltsamen Vorherrschaft in Mitteleuropa. Dabei werde der Kreml auch die DDR fallen lassen, da diese für ihn nur noch wirtschaftlichen Ballast darstelle – hatte Moskau doch schon nach Stalins Tod die deutsche Einheit gegen massive Wirtschaftshilfe angeboten. Voraussetzung war aber die Neutralität Deutschlands, welche die Westmächte und ich füge hinzu -auch Bonn – ablehnten“.

Schlomann weist an anderer Stelle auch auf die unselige Entscheidung der Bundesregierung aus dem Jahre 1969 hin, sich zukünftig bei den Berichten der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die Lage in Deutschland

zukünftig in Bezug auf die Wirtschaftskraft der DDR auf die Statistischen Jahrbücher der DDR und nicht auf die Analyse des BND über die Wirtschaftslage der DDR abzustützen: eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der offiziellen Bundesrepublik Deutschland zur Wirtschaftsentwicklung und zur gesellschaftlichen Lage in der DDR war die Folge. Gestützt auf die hohe Einschätzung der Wirtschaftskraft der DDR konnte man in Bonn auch das Wirtschaftssystem positiver einschätzen, als es das verdiente und sich langsam der Hinnahme der Teilung Deutschlands auf der Basis eines Vertrags zuwenden. Schlomann: „Ein Bericht des BND aus dem Jahre 1988 besagte, Moskau „ist nicht mehr der Lage, die DDR finanziell zu unterstützen“

Die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der DDR führten – neben anderen Faktoren - zu einer erheblichen Belastung des Verhältnisses der Bundesregierung und des Kanzlers im Besonderen zu dem BND Präsidenten und umgekehrt. Wörtlich Schlomann:

„Lageberichte in Bonn als Utopie verlacht: Indes werden solche Lageberichte durchweg als Utopie verlacht und als Störfaktor gewertet. Hinzu kam, dass es zwischen Kanzler Kohl und dem BND-Präsidenten kein notwendiges Vertrauensverhältnis gab. Verbittert sprach Wieck einmal von einem gegenseitigen Misstrauen“ Insider wollen von recht schweren Zusammenstößen wissen. Der Bundeskanzler glaubte stets besser informiert zu sein als sein eigener Nachrichtendienst, gegen den er starke Abneigungen hatte.“

Dazu stelle ich fest, dass es 1988 zu einem Zerwürfnis grundlegender Art kam, als die Bundesregierung gegen besseres Wissen auf öffentliche Kritik an der Bundesregierung aus den USA, nichts gegen den illegalen Aufbau einer Chemiewaffenfabrik in Rabta/Libyen durch eine deutsche Firma getan zu haben erklärte, von diesem Vorgang nichts gewusst zu haben. Dem habe ich öffentlich widersprochen. Zwar kann eine Regierung immer die Kenntnis geheimer Operationen von Nachrichtendiensten öffentlich ignorieren. Sie darf aber nicht



Unwissenheit zu Lasten des Geheimdienstes vortäuschen, wenn konkrete Hinweise vorliegen. Der Bundeskanzler musste in diesem und in anderen Konflikten drei seiner engsten Mitarbeiter in den vorläufigen Ruhestand versetzen, weil der BND jeweils nachweisen konnte, dass die Regierung in den zur Debatte stehenden Fragen sehr wohl informiert gewesen ist. Die gleiche Politik des Ignorierens betrieb die Bundesregierung gegenüber der Berichterstattung zur Lagenentwicklung in Moskau und in der DDR in den Jahren 1985-1990. In der Tat bestätigte Bundesminister Schäuble in einem Interview zu den deutsch-deutschen Verhandlungen über die Wiedervereinigung, dass man auf westdeutscher Seite die Wirtschaftskraft der DDR auf der Grundlage der DDR-Statistiken beurteilt habe – auch in diesem Fall eine bewusste oder unbewusste Ignorierung der BND-Berichterstattung.

**Die zentralen Aussagen der BND-Papiere aus den Jahren 1988 und 1990 zu  
den Erfolgsaussichten der Gorbatschow-Reformen  
(Bundesarchiv unter dem Namen Dr. Hans-Georg Wieck)**

Mit dem Vortragstext vom 10. Oktober 1988 gab ich einen Gesamtüberblick der Entwicklung in der Sowjetunion im Zeichen von Perestroika und Glasnost. Schon auf der ersten Seite des Vortrags bemerke ich, dass bei der Wahl von Michael Gorbatschow zum neuen Generalsekretär – übrigens auf Vorschlag des Außenministers und Politbüro-Mitglied Andrey Gromyko - ein Vertreter der Konservativen – Ligatschow – zur Nr. 2 des Politbüros und zum Vorsitzenden des Sekretariats des Politbüros gewählt wurde – eine Reflex der Machtverhältnisse im Zentralkomitee, aber auch Ausdruck der Sorge, den Reformkurs des neuen Generalsekretärs auch unter Gesichtspunkten des Machterhalts der Partei und der Unterstützung des Reformkurses in der Bevölkerung in der Person eines „Konservativen“ deutlich zu machen. Dann heißt es in dem Bericht:

„And ever since, this dualism is the constant factor that determines and influences the direction of the Soviet Union and the speed of the development.“

Der Bericht vom 10.Oktober steht unter dem Eindruck der Ergebnisse der Parteikonferenz vom Juli 1988, auf der es Gorbatschow nicht gelang, seinen Reformkurs durchzusetzen und er daher zu dem Hilfsmittel greifen musste, sich zum Vorsitzenden einer Kommission zur Verfassungsreform wählen zu lassen – in der Hoffnung, durch eine Ausweitung der politischen Basis für die Reformpolitik auf andere als die kommunistischen Kräfte im Lande abzustützen und einen Demokratisierungs-Prozess einzuleiten – gleichsam einen qualitativen Sprung vorwärts zu wagen - angesichts der ideologisch bedingten Opposition an der Basis und in den Rängen der KPdSU.

Ich stellte fest:

„He could not suppress the prevailing ideology. He had to shift to other methods and, fortunately or not, to this end he found a quotation from Lenin: “All the Power to the Soviets” – the Soviets meaning the councils, meaning the state institutions, meaning parliament.” Should Gorbachev succeed in this effort to move the authority from the Communist Party to the state institutions, this would mean an event of historic dimension. State institutions will have to take into account many more factors than those of ideological nature and preoccupations of the communist party....So what we are witnessing – should he succeed – is that until now it was the party in the final result that determined the future, and in the future, it might be state institutions such as the Presidency and a legislative body that deliberates, considers and finalizes the legislation for the Soviet Union”

In wirtschaftliche Hinsicht, bleibt der Bericht skeptisch hinsichtlich der Reformfähigkeiten des Wirtschaftssystems.

Es heißt in dem Bericht:

„It is true that ...productivity, effectiveness and innovation in capitalist societies grow more rapidly than in socialist societies. If there is no other means available than those of the present socialist system in the Soviet Union to modernize the country, to make it more effective, then a continuation of the present downward trends of the Soviet Union would result in an erosion of the Soviet Union's position in the world at large and in their relations to the capitalist world as a whole and to the United States in particular. Continuation of the present ideologically determined system of the Soviet Union would not doom the West but the Soviet Union”.

Weiter heißt es in diesem Zusammenhang: “A few in the Soviet apparatus have realized and recognized that the foremost and fundamental weakness of the Soviet economic system is not central or command planning and central decision-making, but the subordination of the individual to the collective system”. Ein Leningrad Manifest von 1986 beklagte die Desintegration der Gesellschaft, Alkoholismus, Motivationsmangel des Einzelnen.

Der Bericht analysiert die militärischen Aufwendungen, die ungeachtet ihres enormen Umfangs (15 bis 17 Prozent des BSP) der Sowjetunion keine strategischen Vorteile gebracht haben.

Wörtlich heißt es: „If the prospect for the capitalist world collapse remain dim, then the purpose and usefulness of the presently maintained military options are at least questionable.” In eben demselben Zusammenhang konstatiert der Bericht den weiteren Verfall des Lebensstandards der Bevölkerung. Der Bericht verweist auf die Notwendigkeit substantieller westlicher Investitionen, um die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft zu ermöglichen. Im Augenblick –

im Jahre 1988 – gibt es einerlei Anzeichen für einen solchen Wechsel in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

Der Bericht identifiziert folgende Problemfelder:

1. One is the growing discrepancy between the anticipated improvements of the living standard of the population and the poverty reality.

2. The nationality problems....Gorbachev conceded already in February/March 1986 Party Congress) that there are problems among the nationalities within the Soviet Union. Kommissionen beraten über diese neu aufkommenden nationalen Rivalitäten.

3. Der dritte Problemkreis bezieht sich auf das Thema "History revisited" "The history of the Soviet Union is under Review" – ein Aufsehen erregender Vorgang nach den Jahrzehnte währenden Unterdrückungskampagnen gegen andere Sichtweisen auf die Geschichte des Landes als die der Partei selbst. Die bürgerrechtlichen und historisch orientierten Gründungen von "Memorial" zur Offenlegung der kommunistischen Verbrechen und von "Pamjat" zur Wiederherstellung der nicht kommunistisch geprägten Geschichtsschreibung Russlands geben zwei sehr unterschiedliche Richtungen vor.

4. Der Bericht stellt auf die Führungsposition Gorbatschow ab und sieht keinen Personen bezogenen Rivalen, aber einen Machtkampf um die weitere Richtung von Reform und Sicherung des Fortbestandes. Bei der Parteikonferenz stellten sich nach Beurteilung des Berichts 70 Prozent der 5.000 Delegierten gegen den Reformkurs des Generalsekretärs. Gorbatschow entspannte den offenen Gegensatz durch die Bildung der Kommission zur Reform der Verfassung. – Das sei, wie der Bericht sagt, ein Überraschungs-Schachzug des KPdSU Generalsekretärs gewesen. Der Bericht stellt dann die Prozedur für die Bildung des Parlaments dar und identifiziert dessen Hauptaufgabe mit der Bildung der

Regierung und der Erarbeitung der Verfassungsreform. Damit endet der Bericht vom Oktober mit einer hoffnungsvollen Note. Es wird aber nicht übersehen, dass es sich bei den Parlamentariern im Wesentlichen doch um Kommunisten handeln wird, denen andere Ideen als die der kommunistischen Lehre nicht geläufig sind – es sei denn nationalistische.

Zusammenfassend heißt es in dem Bericht dann:

“The report conveyed to you in principle the way in which direction the Soviet Union moved during the last three years. We have to watch carefully whether indeed the shift of power of final resort is going to take place from the Party which is still committed to the ideology to the state organization that has to take into account other factors and therefore could develop a more balanced and more cooperative Soviet Union”

Der Transformationsprozess in der Sowjetunion in dem Bericht vom 16. Mai 1990

Einleitend stelle ich fest, dass mit der Aufhebung des Machtmonopols der KPdSU und der Verfassungsreform die Macht ist nun auf der Basis der revidierten Verfassung beim Präsidenten und beim Parlament. „At the top Gorbachev is governing with changing majorities, mostly with reformers and the nationalists.“ In militärischer und in militärpolitischer Hinsicht sind mehrere Reformschritte unternommen worden, um die Verteidigungslasten zu reduzieren und sicherheitspolitische Abkommen mit den USA, mit dem Westen zu treffen, einschließlich der Ankündigung einseitiger Truppenreduktionen mit dem Ziel der Ablösung der Offensivoption durch die der Verteidigungsoption – in allen Staaten des Warschauer Pakts. Die Haushaltsberatungen konzentrieren sich auf

Umschichtungen im Haushalt vom Rüstungsbereich auf andere – die der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung. Ich stelle im Einleitungsteil des zweiten Vortrags (Juni 1990) dann fest: „These changes in East-West relations are important, however, the political disintegration of Warsaw Pact and COMECON are far more important and constitute significant steps towards a Soviet Union that does not adhere any longer to hegemonical aspirations in Eastern and Central Europe or even beyond.“ Dennoch füge ich hinzu: “Given the uncertainties and instabilities which accompany – and that is no surprise – the development in the Soviet Union it is advisable to be cautious until such times that agreements on disarmament are put into effect and are being implemented in an agreement which seems to be fairly advanced on START (strategic and nuclear weapons) on CFE (Conventional Forces Europe) and on CW (Chemical weapons). National, international and collective systems are certainly equal importance. They constitute an indispensable tool for “Indication and Warning-Methods” in military and political terms.

Weniger optimistisch ist die Beurteilung der Frage, ob und auf welche Weise die Zentralmacht die aufkommenden Spannungen mit einzelnen Nationen und Gliedstaaten der Sowjetunion behandelt worden und sich entwickelt haben:

„A bill is under debate to organize withdrawal from the Union of so wanted. However, the Central Government has been overtaken by events in a number of cases – in particular by the search for complete independence in Lithuania and up to a degree in the other Baltic states which had been incorporated in violation of international law in 1940 – pursuant to an agreement between Stalin and Hitler“. Ich stelle abschließend fest “National forces are forming political associations practically in all republics, and the question poses itself: Does the future hold anything different in hand and at disposal than the disintegration as it has occurred to other colonial powers in the past? In particular, in Western capitals this view is held by quite a number of observers. German specialists are

inclined to consider it possible that a federal, if not confederated settlement is feasible for the Soviet Union. This seems to be the prevailing view in Washington also. However such an outcome cannot be taken for granted.” It presupposes that across the country, not only among the Russian population something more is linking together the nations and nationalities than fear of KGB and the Army”.

Das sind starke Worte. Die Sowjetunion als starker Zentralstaat ist schon Vergangenheit., Ob eine föderale oder konföderale Bindung bleiben kann, hängt von der Antwort auf die Frage ab, ob es eine verbindende Idee gibt, auf die sich die Föderation zukünftig wird abstützen können – und nicht auf die von der Zentrale bislang ausübte Gewalt – Drohung und Vollzug (KGB und Armee).

Gibt es alle erfassenden Patriotismus auf der Grundlage des Großen Vaterländischen Krieges? Fällt den christlichen Traditionen, auch wenn sie unterdrückt waren, eine Bindungskraft zu – zum Beispiel gegenüber der Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus.

Schließlich kommt die Bindungswirkung durch föderale Zusammenarbeit zwischen den Gliedstaaten als mögliche Lösung gegenüber dem offensichtlichen Zerfallsprozess in Frage.

Die Befürchtungen auf wirtschaftlichem Gebiet haben sich bewahrheitet. Die Wirtschaft ist im Zustand des Verfalls. Westliche Anleihen werden in dem Bericht vom 16. Mai 1990 mit großer Dringlichkeit gefordert, um den Zerfall der Wirtschaft zu verhindern, einen Zerfall der durch Misswirtschaft in der Landwirtschaft und auf dem Energiesektor beschleunigt wird. Am Ende stell ich fest:

„The deficiency society has created a climate of jealousy, of crime, of black market behavior, a climate of hatred and ill will among the people. This is one of the most negative results of Soviet Communist developments of today. It will be a long way, it can succeed only in consonance and with the participation of the West.” (Seite 181).

Bei dem Treffen von US-Präsident Bush mit Präsident Gorbatschow im Frühjahr 1990 ging es auch um die Unterstützung der sowjetischen Bemühung um Annäherung an die westlichen Finanzmärkte. Eine solche Unterstützung wurde in Aussicht gestellt, falls es Fortschritte bei der Verfassungsreform und der Anerkennung der Menschenrechte der Bürger gäbe und der schon eingeleitete Wechsel der sowjetischen Außen- und Militärpolitik sich fortsetze.

Da der Weg zur deutschen politischen Einheit offen ist, fällt auch die Beurteilung der sowjetischen Außen- und Militärpolitik in diesem zweiten Bericht eher positiv aus. Die Integration der neuen Bundesländer und der Abzug der sowjetischen Armee aus der DDR werden in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht.

Skeptischer fällt die Beurteilung der Zukunft der Sowjetunion aus:

Einerseits wird auf die Fortsetzung des Reformkurses von Gorbatschow gebaut, andererseits mehren sich die Anzeichen für fortdauernde, ja eine sich verschärfende Instabilität:

„It is expected that one way or the other some parts of today’s Soviet Union would in the end de facto break away from the Soviet Union – such as the Baltic States. This could be fatal for the Gorbachev Reform Party if it comes at the wrong time – namely now!



Wenige Wochen danach stellte ich auf einem internationalen Seminar mit stark wirtschaftlichen Akzenten unter der Überschrift "Das Gemeinsame Haus Europa – Der Umbruch in der Sowjetunion und in Osteuropa" ein Papier mit zehn Thesen zur Diskussion:

Dies ist die Essenz der Aussagen des Papiers:

Das ideologische System des Kommunismus stirbt ab. Die Sowjetunion wird in eine neue politische Struktur überführt, die nach den Vorstellungen der sowjetischen Führung als Weltmacht, als Wettbewerber in der internationalen Staaten- und Wirtschaftsordnung bestehen kann.

Die Umsetzung dieses Ziels ist jedoch in Frage gestellt:

- Die demokratischen Reformkräfte sind schwach;
- Die Nationalitäten suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu erreichen;
- Die Residualkräfte der alten Sowjetunion (Partei, Armee, KGB) werden mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Überführung des Landes in eine demokratische Ordnung zu verhindern suchen.

Dann heißt es in dem Papier: „Daher können die innenpolitischen Gegensätze zur Desintegration der Sowjetunion führen (Bürgerkrieg, Sezessionskriege). Angesichts dieser Risiken muss die westliche Fähigkeit zum Krisenmanagement entwickelt bzw. auf die neuen Umstände umgestellt werden.“

Die Volkswirtschaften der RGW-Länder sind, wie das Papier feststellt, in einem desolaten Zustand und bewegen sich mit ihrer begrenzten Leistungsfähigkeiten am unteren Rand der Weltwirtschaft.

Das monetäre System in den RGW-Ländern ist inflationsgefährdet. Der informelle Sektor der RGW-Wirtschaften macht mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung der Länder aus. Im Zuge der neuen Ost-West-Wirtschaftspolitik sollte die Bildung von Industrie- und Handelskammern gefördert werden, um den informellen Sektor in die neuen Volkswirtschaften zu integrieren.

### **Schlussbemerkung:**

Die Analysen des BND zu den Entwicklungen in der Sowjetunion wurden von unseren Partnern im Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft stets mit Skepsis aufgenommen. Es herrschte die Meinung vor, dass es zur Wiederkehr des sowjetischen und kommunistischen Expansionskurses kommen werde. Zugleich meinten die Partner, dass im Falle der Fortsetzung der Reformpolitik das Risiko des Zerfalls der Sowjetunion zunehme, weil es sich um ein spätkoloniales System handle, das unter demokratischen Rahmenbedingungen keinen Bestand haben könne. Wörtlich „Die Fähigkeit der sowjetischen Reformpartei, die Sowjetunion auf einer neuen Basis der Legitimation im Wege eines föderalen/konföderativen und demokratischen Systems zu stellen und zu stabilisieren, wurde weder als Ziel noch als reale Möglichkeit angesehen“.

Lange Zeit übersahen unsere Freunde im Westen auch die Rolle und die Bedeutung des russischen „Führers“ Boris Jelzin, dem es gelang, die russische Föderation auf den Weg der Reformpolitik zu bringen und der eine interregionale Verständigung in der Sowjetunion der Art anstrebt, wie es auch von den Ministerpräsidenten der Länder in Deutschland nach dem Krieg in Aussicht genommen wurde (Herrenchiemsee-Konferenz 1947) In seinem Konzept steckt ein erhebliches Stück politischer Weisheit, politischer Wahrheit, aber auch machtpolitischer Rivalität mit Gorbatschow.

Die Tatsache, dass die Machtstellung Gorbatschows infolge dieser Machtrivalität mit Boris Jelzin weitgehend ausgehöhlt wurde, ist unbestritten. Die zentralen Behörden der Union konnten sich nur noch in dem Masse durchsetzen, wie sie auf einen Consensus mit den Behörden der Republiken rechnen konnten. **Das ist das Grundgesetz der zukünftigen Sowjet-Union** (Föderation).

Berlin, Juni 2016